

Protokollauszug zum STADTTEILAUSSCHUSS NECKARWEIHINGEN

am Donnerstag, 19.04.2018, 18:00 Uhr, Katholisches Gemeindehaus Landäckerstraße 13 71642 Ludwigsburg-Neckarweihingen

ÖFFENTLICH

TOP 1 Anschlussunterbringung für Geflüchtete in

Vorl.Nr.

- Ludwigsburg
- Unterbringungskonzept
- aktueller Stand
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die Mitglieder des Stadtteilausschusses, die anwesenden Gemeinderatsmitglieder, Vertreter der Presse und die zahlreich erschienenen Zuschauer. Nachdem keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht werden, ruft er TOP 1 auf.

Zu Beginn dieses Beratungspunktes weist er darauf hin, dass in Ludwigsburg ein dezentrales Konzept verfolgt werde. Es sei eine serielle Holzbauweise mit hoher Qualität vorgesehen. Es habe sich positiv herauskristallisiert, dass man sich gegen Containerlösungen entschieden habe. Eine positive Entwicklung sei vor allem durch das Engagement unter anderem vieler Bürger, Vereine, kirchliche und soziale Träger, geschaffen worden. Ihnen gelte es, den Dank auszusprechen.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) informiert Herr **Henning** (Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement und Soziales) zum Thema. Er geht er auf die Begriffe und Verfahren, die Zahlen und Daten, die geplanten Maßnahmen in den Jahren 2018 und 2019 sowie auf stadtteilbezogene Informationen ein. Auf das Unterbringungskonzept der Stadt Ludwigsburg Bezug nehmend sagt Herr Henning, dass die Anschlussunterbringung dezentral und an integrierten Standorten erfolge. Alle Stadtteile und die Innenstadt werden angemessen daran einbezogen.

Mitglied **Piquares Solana** erkundigt sich, wie viele Personen in den 12 Wohnungen im Baugebiet Schauinsland untergebracht werden; ob man davon ausgehen könne, dass es sich um 40 -50 Personen handle.

OBM **Spec** erläutert, die genaue Zahl sei noch nicht klar, auch weil die Häuser noch nicht gebaut seien. Bei der von Mitglied Piquares Solana genannten Zahl, handle es sich um die Obergrenze. Mitglied **Krautschneider** spricht sich dafür aus, dass im Neubaugebiet keine Cubes gebaut werden. OBM **Spec** entgegnet, bei den in serieller Bauweise hergestellten Cubes handle es sich um eine qualitätsvolle Holzbauweise. Die Gebäude könnten auch mit einer anderen Fassade - nicht nur mit Holzfassade - ausgeführt werden. Man dürfe die Cubes nicht gleich mit Flüchtlingsunterkunft assoziieren.

Auf die Rückfrage einer Zuhörerin nach den Kosten teilt OBM **Spec** mit, die Holzbauweise sei vergleichsweise nicht teurer, sondern effizienter.

Mitglied **Untch** erkundigt sich, ob es belastbare Zahlen zur Kriminalitätszunahme gebe und was bei Auffälligkeiten, verursacht durch Flüchtlinge, passiere.

OBM **Spec** teilt mit, er habe augenblicklich keine Zahlen zur Hand. Persönlich sei er der Auffassung, dass bei Rechtsverstößen die Personen in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden sollten.

Mitglied **Dr. Seeger** erkundigt sich, ob es Hochrechnungen gebe, was die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen an Folgekosten für die Stadt bedeute.

OBM **Spec** erläutert, es handle sich um komplexe Berechnungen. Diese könnten ggf. gesondert zur Verfügung gestellt werden.

Auf die Frage von Mitglied **Dogan**, ob die 12 Wohnung zentral oder dezentral angeordnet werden sollen, teilt OBM **Spec** mit, die Aufteilung sei dezentral vorgesehen.

(Verteiler: FB 17)

TOP 2

Beratungspunkte des Stadtteilausschusses Neckarweihingen und Sachstandsbericht Stadtteilentwicklungsplan (STEP)

- Friedhof "Au" (Alter Friedhof)
- Friedrich-von-Keller-Schule
- Rathaus Neckarweihingen
- Südknoten
- Lucien-Tharradin-Brücke
- Landesgartenschau
- Neue Straße
- Baugebiet "Schauinsland"
- Bushaltestelle Lecht- / Hauptstraße
- Bus auf Beinen

Beratungsverlauf:

Anhand einer PowerPoint-Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert Stadtteilbeauftragter Schwärzl die Beratungspunkte des Stadtteilausschusses Neckarweihingen.

Friedhof "Au" (Alter Friedhof)

Die Nutzung des Friedhofes in Neckarweihingen laufe bis 31.12.2020, teilt Stadteilbeauftragter **Schwärzl** mit. Das Interesse an einer weiteren Nutzung des Standorts, auch als schnell erreichbares Naherholungsgebiet, sei im Stadtteil groß. Die Stadt Ludwigsburg halte am Standort fest. Im Jahr 2019 solle ein entsprechender Antrag auf Verlängerung der Nutzungsdauer im Gemeinderat gestellt werden.

Einstimmig erklären sich die Stadtteilausschussmitglieder mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Friedrich-von Keller-Schule

Anhand seiner Präsentation erläutert Herr **Schwärzl**, der Umbau der Schule erfolge sukzessiv in 3 Abschnitten. Zuerst werde der Erweiterungsbau hergestellt. Das Kleinspielfeld müsse daher leider mit Ausweichcontainern bestückt werden. Danach werde die Hauptebene saniert und zuletzt der Bestandsbereich in nord-östlicher Richtung. In seinem Vortrag weist er darauf hin, dass um alle Räume zu erreichen, ein zweiter Aufzug erforderlich wäre. Mit Blick auf die Mehrkosten von rund einer Million Euro wolle die Stadt darauf verzichten, was aufgrund der Umbaumaßnahme möglich sei. Durch Belegungsmanagement könne auf den Aufzug verzichtet werden. In den aufgrund des fehlenden Aufzugs nicht zu erreichenden Räumen seien keine Sondernutzungen enthalten, sondern lediglich Klassenräume, welche auch im EG genutzt werden können.

Mitglied **Seeger** weist darauf hin, dass zwar Mehrkosten durch den weiteren Aufzug entstehen würden. Bei Verzicht auf einen Aufzug seien aber fünf Klassenräume nicht barrierefrei zugänglich. Ihm fehle die Fantasie, wie das geschickte Belegungsmanagement in dieser Größenordnung funktionieren solle, kritisiert er. Mitglied **Langjahr** führt aus, nur durch die Umbaumaßnahme sei ein Verzicht auf den Aufzug möglich; bei einem Neubau wäre dies nicht möglich gewesen. Lt. Ludwigsburger Kreiszeitung handle es sich um Kosten für den Aufzug von rd. 1,3 Mio. Euro. Aus seiner Sicht müsste man ggf. Eltern zu einer Klage raten.

Jeder Raum müsse in einem öffentlichen Gebäude für jeden Menschen nutzbar sein, fordert Mitglied **Treiber-Juranek**. Dies sei auch eine Frage des Zeitgeistes.

Vorl.Nr. 092/18

Mitglied **Untch** führt aus, sie habe in dieser Frage Kontakt mit dem Behindertenbeauftragten der Stadt und berichtet von dessen Unverständnis für eine teilbarrierefreie Lösung. Man warte schon lange auf eine Sanierung, teilt Mitglied **Schmierer** mit. Wenn saniert werde, dann richtig. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die Friedrich-von-Keller-Schule eine Inklusionsklasse bekommen solle. Bleiben Sie doch nicht beim ersten Schritt stehen, machen Sie den zweiten auch noch, fordert er.

Die Frage des Aufzuges hätte zu einem früheren Zeitpunkt gestellt werden müssen, teilt Mitglied **Piqueras Solana** mit. Weiter erkundigt sie sich nach der genauen Zimmeranzahl im Erdgeschoss. Herr **Schwärzl** teilt mit, die genaue Anzahl könne ggf. im Nachgang zur Sitzung nachgereicht werden.

OBM **Spec** führt aus, grundsätzlich sei man in Ludwigsburg bestrebt, alle öffentlichen Gebäude barrierefrei zu gestalten. Man unterstütze die Inklusion. Man werde den Sachverhalt nochmals prüfen. Häufig stelle man fest, dass es in der Praxis doch funktioniere. Bisher habe man allerdings die Erfahrung gemacht, dass die Möglichkeit der Inklusion eher zögerlich angenommen werde. Man versuche jeden Förderbedarf zu decken, immer werde dies nicht gelingen.

Mitglied **Langjahr** teilt mit der Stadtteilausschuss wolle den zweiten Aufzug als offiziellen Antrag einbringen. OBM **Spec** teilt mit, man überprüfe den Sachverhalt und informiere entsprechend.

(Verteiler: FB 67, 17)

Rathaus Neckarweihingen

Stadteilbeauftragter **Schwärzl** setzt seine Präsentation fort und führt u.a. aus, dass bis Oktober der Antrag gestellt sein müsse, wenn die Stadt aus dem Förderprogramm "Soziale Integration im Quartier" Geld für die Sanierung des Neckarweihinger Rathauses haben will.

OBM **Spec** sieht die Chance, erinnert aber zugleich daran, dass im Haushalt für die Sanierung kein Geld vorgesehen sei. Der Stadtteilausschuss müsste bei den Gemeinderatsfraktionen dafür werben, forderte OBM Spec das Gremium auf.

Man brauche für das Rathaus und den Rathausplatz eine entsprechende Frequenz und eine Belebung. Eine reine Vereinsnutzung für ein paar Stunden bringe nichts. Man müsse die Rathausnutzung als Chance zur Belebung und Attraktivierung der Neckarweihinger Ortsmitte machen. Er fordert den Stadtteilausschuss auf, Ideen einzubringen. In das Rathausgebäude sollen weitere lebendige Nutzungen aufgenommen werden.

Mitglied **Schmierer** teilt mit, seit Jahren sei es Bürgerwunsch, dass Räume für die Vereinsnutzung und für einen Jugendtreff zur Verfügung gestellt werden. Er könne sich einen Jugendtreff und ein Bürgerhaus zur Belebung vorstellen.

Mitglied **Untch** schlägt vor, die Neckarweihinger Bürger zu befragen. Evtl. könne sich auch der Jugendgemeinderat einbringen. Sie schlägt vor, ein Repair-Café einzurichten.

Die Förderungsmöglichkeit sei erfreulich, teilt Mitglied **Langjahr** mit. Die Chance sollte genutzt werde. Eine Sanierung bis 2020 durchzuführen bezeichnet er als "sehr sportlich".

Mitglied **Penezic** nennt ein Geschichtencafé, Räume für Senioren und den Stadtteilausschuss, ein mögliches Frühstücksangebot, Räume für Informationsveranstaltungen und die Nutzung durch Vereine als mögliche Nutzungsvarianten.

OBM **Spec** bedankt sich für die guten Vorschläge. Zeitnah solle als gewichtiger Baustein der Rathausmodernisierung nun die Ideen seitens der Politik, der Bürgerschaft und der Nutzer in einen kooperativen Planungsprozess eingebunden werden. Es solle ein Termin koordiniert werden um eine Konzeption zu erarbeiten. Evtl. sei es dann bereits zeitnah möglich, einen Planungsbeschluss im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt herbeizuführen.

Mitglied **Schmierer** erinnert daran, dass noch ein Teil des Rathausbrunnens fehle. Es seien noch 10.000 € Spendengelder vorhanden. Die Realisierung des Roggenlupfers fehle noch.

Mitglied **Treiber-Juranek** entgegnet, die Gestaltung werde noch kontrovers diskutiert. Vor einer endgültigen Festlegung seien noch weitere Diskussionen erforderlich.

Mitglied **Penezic** ergänzt, fraglich sei auch der Aufstellungsort. Aus Sicht von Mitglied **Treiber-Juranek** müsse zuerst die Nutzung des Rathauses geklärt sein.

Auf den Vorschlag von Mitglied **Schmierer** einen Ortstermin zu vereinbaren, teilt Mitglied **Treiber-Juranek** mit, einen Orttermin habe es schon gegeben.

OBM **Spec** bittet darum, die Thematik im Nachgang der Sitzung zu klären. Aus seiner Sicht spreche vieles dafür, zunächst die Nutzung des Rathauses zu klären.

(Verteiler: FB 60, 65)

Südknoten

Herr **Behnsen** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) erläutert die Planung und beantwortet Rückfragen der Gremiumsmitglieder.

Die aktuellen Bauarbeiten an der Marbacher Straße und auf der Neckarbrücke böten die Möglichkeit, kurzfristig einen Radweg sowie eine Busschleuse am Ortseingang einzurichten. Mitglied **Krautschneider** äußert Zweifel an der Wirksamkeit und der Funktionsweise. Er sehe die Missbrauchsgefahr und bezweifle, dass zwei Busse aneinander vorbeikommen. Vom Busunternehmen habe man bereits eine positive Stellungnahme, so Herr Behnsen weiter. Der Vorschlag sei vom Ingenieurbüro geprüft.

Eine schnelle Busspur am südlichen Ortseingang sei sehr gut, allerdings sei es wichtig, einen Blitzer aufzustellen, damit keine Autos diese Abkürzung nutzen, betont Mitglied **Piqueras Solana**. Mitglieder **Treiber-Juranek** befürchtet indes, dass die Busschleuse den Südknoten ersetzen soll. Das Südknotenthema müsse bleiben. Sonstige Zwischenlösungen seien "faule Eier". Man benötige eine zeitliche Perspektive für den Südknoten, ergänzt Mitglied **Schmierer**.

Man denke den Südknoten mit, verspicht Herr **Behnsen**. Es handele sich bei der Busschleuse um eine Vorabmaßnahme. Ein Blitzer sei vorgesehen. OBM **Spec** ergänzt, man könne nicht alles gleichzeitig machen. Zunächst werde die Schule angegangen. Die vorgestellte Teillösung sei eine kurzfristige Maßnahme und sei keine Alternative zum Südknoten.

Mitglied **Langjahr** hält die vorgestellt Lösung für gut und hätte Sie gern umgesetzt. Mehrheitlich spricht sich der Stadtteilausschuss anschließend für die Umsetzung der Maßnahme aus.

(Verteiler: FB 61 – Verkehrsplanung/Mobilität, 32)

Lucien-Tharradin-Brücke

Stadtteilbeauftragter **Schwärzl** teilt mit, das Geländer der Fußgängerbrücke über den Neckar werde bis Juni erhöht. Ein Ersatz der Wendeltreppe durch eine Rampe sei hingegen nicht geplant. Grund dafür seien nicht nur die Kosten von rund einer Million Euro. Ein entsprechendes Bauwerk müsste 140 Meter lang sein und wäre ein massiver Eingriff in das Landschaftsbild, so der Stadtteilbeauftragte weiter.

(Verteiler: FB 67)

Landesgartenschau

Die Mitglieder **Schmierer** und **Krautschneider** halten die Bewerbung für die Landesgartenschau für gut. Auch Neckarweihingen habe das Potential in die Landesgartenschau miteinbezogen zu werden.

OBM **Spec** führt aus, die Stadtteile seien über den "Grünen Ring" an die Flächen der Landesgartenschau angeschlossen.

(Verteiler: FB 67)

Neue Straße

Poller sollen die Autofahrer in der Neuen Straße zu einem angemessenen Fahrverhalten zwingen. In den kommenden zwei Wochen werden die ersten Beton-Poller installiert, kündigt Herr **Schwärzl** an. Ein weiterer Lösungsvorschlag sehe die Schaffung zweier zusätzlicher Engstellen vor. Die erste Engstelle befinde sich auf Höhe des Kinder- und Familienzentrums und sei baulich bereits hergestellt. Hier soll ein neuer Baum gepflanzt werden - somit die Engstelle reaktiviert werden. Zusätzlich werden neue Radständer für die Besucher und die Kinder des Kinder- und Familienzentrums entstehen.

Die zweite Engstelle befinde sich auf Höhe der Häuser Neue Straße 40, 42 und sehe die Herstellung eines Baumbeetes mit zwei Bäumen vor. Hier werde die Fahrbahn somit auf eine Fahrbahnbreite von ca. 3 Metern verengt. Engstellen passen sich besser in die Optik im Ortskern, insbesondere auch im Vergleich zur Hauptstraße ein und stellen städtebaulich einen geringfügigeren Eingriff dar, seien damit attraktiver für das Ortsbild, so Herr Schwärzl weiter.

Eine Zuhörerin teilt mit, der Bereich sei nachts sehr hell beleuchtet; stelle eine Lichtverschmutzung dar. Auch sei die Friedrich-von-Keller-Schule nachts beleuchtet. Mitglied **Piqueras Solana** ergänzt, auch das Kinder- und Familienzentrum sei innen nachts beleuchtet.

OBM **Spec** teilt mit der Sachverhalt werde überprüft.

(Verteiler: FB 61, 32)

Baugebiet Schauinsland

Auf die Frage von Mitglied **Untch** wie hoch die Gebäude im Neubaugebiet Schauinsland maximal werden, teilt Stadtrat Juranek aus dem Zuhörerraum mit, seines Wissens sehe der Bebauungsplan drei Geschosse zusätzlich einem Dachgeschoss vor.

Auf Rückfrage von Mitglied **Schmierer** erklärt Herr **Behnsen** die vorgesehene verkehrliche Anbindung des Baugebiets.

Nach mehreren Rückfragen teilt OBM **Spec** mit, das Thema könne noch bei einer Stadtteilkonferenz im Herbst diskutiert werden.

Mitglied **Dr. Seeger** regt einen Vor-Ort-Termin für Anwohner an. Es dürfe nicht so weit kommen, dass Friedhofsbesucher keinen Parkplatz mehr bekommen.

Auf Rückfrage von Mitglied **Schmierer** teilt Stadtteilbeauftragter **Schwärzl** mit, bisher gebe es keine archäologischen Funde im vorgesehenen Neubaugebiet.

Mitglied **Treiber-Juranek** teilt mit, bei einer Betrachtung der Buslinien müsse der gesamte Bereich aufgenommen werden. Eine Zuhörerin ergänzt, dies sei erforderlich, auch weil das Wohngebiet Au abgeschnitten sei. Für ihr Kind sei es nahezu unmöglich, die Grundschule im Stadtteil in einem vertretbaren Zeitraum mit dem Bus zu erreichen.

OBM **Spec** stellt abschließend fest, es gebe offensichtlich Verbesserungsbedarf und keine einfache Lösung über die regulären Buslinien. Evtl. könne mit Kleinbussen eine

Ergänzung geschaffen werden. Man prüfe dies und stelle das Ergebnis bei der Stadtteilkonferenz im Herbst vor.

(Verteiler: FB 61- Mobilität)

Bus auf Beinen

Die Mitglieder Treiber-Juranek, Untch und Langjahr sprechen sich für das Projekt aus.

(Verteiler: FB 61, 17)

Bushaltestelle Lechtstraße

Stadteilbeauftragter **Schwärzl** erläutert anhand seiner Präsentation die Maßnahmen zur Verkehrssicherheit, die im Rahmen der Sanierung der Haupt- und Lechtstraße stattgefunden haben. Eine Beteiligung zur Umgestaltung habe stattgefunden. Es wurde in den Gremien abgestimmt. Die Vorteile seien freigewordenen Stellplätze für Anwohner und Einzelhändler, Taktverdichtung des ÖPNV, eine bessere Orientierung durch Einheitlichkeit und verbesserter Komfort der Fahrgäste durch Wartehallen. Nach einer Verkehrsschau von Polizei und Straßenverkehrsbehörde seien keine Mängel in der Verkehrssicherheit festzustellen gewesen.

Mitglied **Penezic** führt aus, die Bushaltestelle "Lechtstraße" in der Hauptstraße sei zu unsicher. Sie fordert, die Bushaltestelle auf ihren ursprünglichen Standort zurückzuverlegen, so wie es vor der Straßensanierung war.

Mitglied **Treiber-Juranek** teilt mit, dass der Stadtteilausschuss in dieser Frage gespalten sei und noch eine gemeinsame Linie finden solle, daher solle das Thema in der Stadtteilkonferenz im Herbst besprochen werden.

Mehr als 670 Unterschriften wurden zusammengetragen und bereits vor der Stadtteilausschusssitzung an Stadtteilkümmerer Schwärzl übergeben, teilt Mitglied **Piqueras Solana** mit. Diese Personen dokumentieren, dass es eine Gefahrenzone sei und es Vorteile gebe, wenn die Verlegung der Bushaltestelle rückgängig gemacht würde. Sie könne doch nicht die Stimme der Bürger ignorieren, fährt Mitglied Piqueras Solana weiter fort.

Mitglied **Krautschneider** teilt mit, die Argumente seien ausgetauscht und er stelle einen Abstimmungsantrag. Er fordere, das Thema Bushaltestelle beizulegen. Es solle so belassen werden wie es ist.

Mitglied **Langjahr** schließt sich seinem Vorredner an, denn der Verkehr habe sich beruhigt. Auch auf die Interessen des Einzelhandels müsse Rücksicht genommen werden. Die Rückverlegung der Bushaltestelle bedeute, dass Parkplätze wegfallen.

Mitglied **Untch** teilt mit, sie stehe hinter dem Antrag.

Mitglied **Schmierer** schließe sich dem Antrag an, man würde ansonsten das Konzept konterkarieren.

OBM **Spec** greift den Vorschlag von Mitglied Treiber-Juranek auf und schlägt vor, dass es bei der Stadtteilkonferenz nochmals die Möglichkeit gäbe, das Thema zu diskutieren.

Über den Vorschlag, das Thema nochmals in der Stadtteilkonferenz zu diskutieren lässt OBM Spec anschließenden offen abstimmen. Der Vorschlag wird mit 4 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen abgelehnt.

Im Anschluss lässt er über den Antrag von Mitglied Krautschneider, es solle so belassen werden wie es derzeit ist, abstimmen.

In der offenen Abstimmung spricht sich der Stadteilauschuss mehrheitlich (4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung) für die Beibehaltung des derzeitigen Zustandes aus.

Mitglied **Piqueras Solana** teilt mit, aus ihrer Sicht sei die Debatte um die Bushaltestelle noch nicht beigelegt. Sie kündigt eine Bürgerinitiative an.

(Verteiler: FB 61)

<u>Kochlöffeldialoge</u>

Stadteilbeauftragter **Schwärzl** informiert, mit dem innovativen Beteiligungsformat der "Kochlöffeldialoge" solle die soziale Kohäsion und die Identifikation mit Neckarweihingen gefördert werden. Es solle sich ein Format etablieren, in welchem sich Bürgerinnen und Bürger in ungezwungener Atmosphäre über Themen des Stadtteils austauschen können. Dabei seien die Kochlöffeldialoge eine Chance, auch Themen zu setzen, die sonst wenig Gehör finden. Angesichts der immer stärker werdenden politischen Rolle der Kommunen, könnten die Kochlöffeldialoge eine niederschwellige Möglichkeit für Beteiligung auf Stadtteilebene darstellen, welche fortschreitenden Tendenzen zu populistischen Meinungslagen und der gefühlten Ohnmacht aufgrund fehlender Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger Einhalt gebieten könnte. Übergeordnetes Ziel sei es, neue Impulse für die Stadtteilentwicklung im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensqualität vor Ort zu erhalten. Die Kochlöffeldialoge würden in dieser Hinsicht wichtige Mosaiksteine zur Vorbereitung eines größer angelegten Beteiligungsprozess zur Fortschreibung des Stadtteilentwicklungsplans (STEP) darstellen.

Moderne und informelle Formate der Bürgerbeteiligung in kleinerem Rahmen sollen sich im Stadtgebiet weiter verstetigen. Bei Bewährung der Kochlöffeldialoge sei eine Ausweitung auch auf andere Stadtteile in Ludwigsburg denkbar. Des Weiteren böten die Kochlöffeldialoge die Möglichkeit, die Vernetzung und die Etablierung von nachbarschaftlichen Strukturen voranzutreiben. Je nach Motivationslage der Teilnehmenden können daraus Projekte bürgerschaftlichen Engagements entstehen.

Mit dem besonderen Ansatz des gemeinsamen Kochens und Essens werde eine Beteiligung forciert, die Menschen mobilisiert und Spaß machen solle.

Zudem gehe es bei den Kochlöffeldialogen darum, bürgerschaftliches Engagement wertzuschätzen. Ziel sei es, möglichst viele Menschen mit verschiedenen Hintergründen, Ausgangslagen, Altersgruppen und Kulturen zu beteiligen, um so Begegnungen ermöglichen, welche im Alltag sonst seltener stattfinden würden.

Die Kochlöffeldialoge könnten sich so zu positiven Beispielen für gelebte Diversität, Inklusion und Generationendialog entwickeln. Als Nebeneffekt sollen die Teilnehmenden für Themen der nachhaltigen Entwicklung sensibilisiert werden.

(Verteiler: FB 48, 61, DII, 67)

Beratungsverlauf:

Anhand seiner Präsentation gibt Stadtteilbeauftragter **Schwärzl** einen Sachstandsbericht zum ASP Ortskern Neckarweihingen sowie über die Ausübung des Vorkaufsrechts für die Grundstücke Neue Straße 18, 20. Er beantwortet Rückfragen der Gremiumsmitglieder.

Im Anschluss stellt Herr Schwärzl ein weiteres Förderprogramm vor, für welches er 2018 einen Antrag stellen möchte, um soziale Projekte in Neckarweihingen zu unterstützen. Er stellt das Programm Nichtinvestive Städtebauförderung (NIS) vor. Dieses Programm habe das Ziel kleinere, in sich abgeschlossene Projekte, die von lokalen Akteuren vorschlagen und umgesetzt werden, zu fördern. Die max. Fördersumme betrage 100.000 €. Die Antragstellung sei für April 2018 vorgesehen. Bis dahin können Ideen vorgebracht werden, welche im Antrag Berücksichtigung finden sollen. Dies erhöhe möglicherweise die Chancen auf eine hohe Förderung. Die Bewilligung könnte im Juli 2018 erfolgen. Anschließend müsse sich ein paritätisch besetztes Entscheidungsgremium konstituieren, mit Besetzung aus Verwaltung, Politik und Bürgern, um über die Projektanträge zu entscheiden.

(Verteiler: FB 48, 17)

TOP 4 Verschiedenes Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

Unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes informiert Herr Schwärzl über die neue Solarleuchte Neckarhalde/ Ecke Lehenstraße, sowie über den neuen EC-Automaten in der Landäcker Straße.

Dem Wunsch nach einer öffentlichen Toilette in der Ortsmitte komme die Stadtverwaltung nach. Im Rathaus werde eine "Nette Toilette" ausgezeichnet. Das bedeute, dass die Toiletten im Rathaus während der Öffnungszeiten jedem zur Verfügung stehen. Stadtteilkümmerer Schwärzl erinnert daran, dass auch das nahegelegene Eiscafé am Programm "Nette Toilette" teilnehme.

Weiter informiert Herr Schwärzl über die geplante **Broschüre über Spazierwege**. Attraktive Spazierwege in Neckarweihingen wolle die Stadt zusammen mit den Bürgern sammeln und dann in einer neuen Broschüre veröffentlichen. Ein vergleichbares Projekt gebe es in Eglosheim. Die Freizeitmöglichkeiten und Spazierrouten sollen im Stadtteil und darüber hinaus bekannter gemacht werden.

Mitglied **Piqueras Solana** erkundigt sich nach dem Zeitplan für die **Erhaltungssatzung**. OB**M Spec** teilt mit die Erhaltungssatzungen fallen in das Ressort des Baubürgermeisters. Er könne die Kapazitäten bei der Stadtplanung nicht abschätzen, das Thema stehe aber weiterhin auf der Agenda. Er halte es für sinnvoll, erhaltenswerte Bausubstanz zu schützen.

Zum Ende der Sitzung berichtet OBM Spec, dass es vorgesehen sei, zwei weitere Stadtteilausschüsse in der Ost- und Weststadt einzurichten. Diese sollen bereits im Herbst 2018 ihre Tätigkeit aufnehmen. Er halte es zudem für sinnvoll, wenn sich die jeweiligen Stadtteilausschüsse alle 6-8 Wochen informell treffen würden, um stadtteilbezogene Themen zu diskutieren.